

Konfessionelle Prägungen als Hintergrund des Nordirlandkonflikts

Häufig wird in Berichten über die Unruhen in Nordirland erwähnt, daß sich dort Katholiken und Protestanten feindlich gegenüberstehen. Die Rolle der Kirchen und der von ihnen vermittelten Prägungen wird dabei jedoch in aller Regel übergegangen. Der Konflikt wird historisch, machtpolitisch oder national begründet¹. Es bleibt unberücksichtigt, daß in Nordirland zwei Bevölkerungsgruppen aufeinandertreffen, die auf Grund ihrer unterschiedlichen konfessionellen Prägungen ein völlig verschiedenes Weltbild haben, und daß deshalb beide Seiten – selbst wenn sie häufig schon längst keine Bindung mehr zu ihrer Kirche haben – zentrale Begriffe wie Frieden, Gerechtigkeit und Staatsgewalt geradezu gegensätzlich interpretieren.

Vertreter der vier großen Kirchen haben sich in Nordirland immer wieder engagiert für Frieden und gegen Gewalt ausgesprochen. Katholische, anglikanische, presbyterianische und methodistische Kirchenführer sind häufig gemeinsam aufgetreten und haben zur Versöhnung aufgerufen. Aber diese Appelle mußten weitgehend folgenlos verhallen; denn stärker als durch schöne Worte werden die Katholiken und Protestanten beeinflußt durch die einander widersprechenden und seit Jahrhunderten vermittelten ethischen Grundsätze der verschiedenen Konfessionen. Dementsprechend stark polarisiert sich die nordirische Bevölkerung bei politischen Ereignissen oder Entscheidungen wie dem Hungerstreik 1981, dem anglo-irischen Abkommen 1985 oder der umstrittenen Polizeiaktion gegen IRA-Kämpfer in Gibraltar 1988.

Ein katholischer und ein protestantischer Frieden

Schon wenn über „Frieden in Nordirland“ gesprochen wird, gibt es zwischen den Konfessionen große Verständigungsschwierigkeiten. Sie zeigen, wie berechtigt eine Warnung C. W. Mills ist: „Frieden ist ein so durch und durch ‚gutes Wort‘, daß man sich in acht nehmen soll. Für die verschiedensten Menschen hat es von jeher die allerverschiedensten Dinge bedeutet. Sonst könnten sich nicht alle so bereitwillig auf den Frieden einigen.“² Die „peace people“, jene Ende der 70er Jahre so hoffnungsvolle und mit dem Nobelpreis geehrte Versöhnungsbewegung, nahmen sich diese Sätze zu wenig zu Herzen und mußten dafür teuer be-

zahlen. Als sie nicht nur für Frieden demonstrieren, sondern konkrete politische Konzepte ausarbeiten wollten, merkten sie schnell, wie unterschiedlich ihre Vorstellungen waren. Sie verloren den Großteil ihrer Anhänger.

Auf protestantischer Seite lassen sich zwei Tendenzen beobachten. Die eine Richtung setzt auf „Frieden durch Versöhnung“. Sie setzt sich vor allem für ökumenische Veranstaltungen, Urlaubsfahrten, Schulen und Gottesdienste ein. Hierzu gehören die meisten der Protestanten, die sich bei den „peace people“ engagieren. Der Gründer des Versöhnungszentrums Corrymeela, Ray Davey, und dessen jetziger Leiter, John Morrow, sind in der presbyterianischen Kirche zu Symbolfiguren eines solchen Verständnisses geworden.

Besonders innerhalb dieser Kirche ist aber auch die andere Richtung stark vertreten. Ihre Anhänger fordern „Frieden durch staatliche Stärke“ und geben im protestantischen Lager in den politischen Auseinandersetzungen meist den Ton an. In ihren Augen ist es vorrangig, daß die Sicherheitskräfte für Ruhe und Ordnung sorgen. So waren etwa die polizeilichen Todesschüsse auf unbewaffnete IRA-Mitglieder in Gibraltar ganz in ihrem Sinn.

Die Katholiken hingegen fordern eindeutig „Frieden durch Gerechtigkeit“, und zwar der katholischen Minderheit gegenüber. Gerade die von den protestantischen „Frieden durch Stärke“-Vertretern geforderte staatliche Macht empfinden sie oftmals als Ungerechtigkeit. Aber auch den Versöhnungsgedanken lehnen sie als leeres Gerede ab, wenn er nicht mit dem Ruf nach Gerechtigkeit verbunden ist. So hört man, wenn beim nordirischen Peace-forum, einem Zusammenschluß verschiedener Friedensgruppen, von Frieden und Versöhnung die Rede ist, häufig den Zwischenruf eines katholischen Pax-Christi-Mitglieds: „Und Gerechtigkeit!“ Persönliche Erfahrungen, Diskriminierungen sowie Übergriffe von Polizei und Militär liegen diesem Einwurf zugrunde.

Das unterschiedliche Friedensverständnis hat auch historische Ursachen. Die Katholiken sahen sich im protestantisch geprägten Nordirland von Anfang an um viele ihrer Rechte betrogen, und deshalb konnte ihr Ruf nach Gerechtigkeit so laut werden. Die Protestanten versuchten seit Jahrhunderten ihre Vorherrschaft in Irland und seit 1922 dann in Nordirland durch staatliche Stärke aufrechtzuerhalten.

Die traditionelle Vorherrschaft der Protestanten erklärt aber noch nicht, warum der Ruf nach „Frieden durch Stärke“ heute vor allem von presbyterianisch-calvinistischer sowie freikirchlicher Seite schottischer Herkunft kommt; waren doch gerade sie selber lange Zeit von der geschichtlich so mächtigen anglikanischen „Church of Ireland“ unterdrückt worden. Die radikale Einstellung zahlreicher calvinistisch geprägter Nordiren wurzelt vielmehr ebenso wie der katholische Ruf nach Gerechtigkeit auch in einem unterschiedlichen Verständnis des Staates und der Staatsethik.

Ein protestantisches und ein katholisches Staatsverständnis

In ihren Stellungnahmen zum Problem der Gewalt betonte die presbyterianische Kirche im zwanzigsten Jahrhundert immer wieder, daß die Regierung eines Landes von Gott eingesetzt sei und das Recht habe, Respekt, Unterstützung und Gehorsam einzufordern. Dabei beruft sie sich auf Röm 13, 1–7 und 1 Petr 2, 13–17³. Sie unterstützt die Ausübung staatlicher Stärke und verurteilt alle Formen der Gewalt gegen den Staat. Wenn der Staat durchgreift, wird dies grundsätzlich als „Stärke“ (force) und nicht als Gewalt (violence) bezeichnet. Die staatliche Macht wird letztlich göttlich begründet. Somit hat der Calvinismus neben einem entschieden republikanischen Zug ebenso einen autoritären. Die Obrigkeiten werden wohl vom Volk gewählt; die Würde des Amtes gründet dann aber letztlich nicht auf demokratischer, sondern auf göttlicher Ermächtigung.

Ganz anders ist dies bei der katholischen Kirche. Sie verurteilt neben dem Terror der IRA energisch auch „die nicht tolerierbaren Formen der Gegengewalt“⁴ des Staates gegenüber der katholischen Minderheit. Deshalb verfolgt sie die Handlungen der weltlichen Autorität mit Mißtrauen. So betonte Papst Johannes Paul II. während seines Irland-Besuchs 1979 in einer vielbeachteten Rede in Drogheda: „Das Moralesetz, der Wächter der Menschenrechte, Schützer der Würde des Menschen, kann nicht wegdiskutiert werden – weder von einer Person oder Gruppe noch vom Staat selbst. Dies kann aus keinem Grund geschehen, auch nicht aus Sicherheitsgründen oder um Gesetz und Ordnung aufrechtzuerhalten. Das Gesetz Gottes steht im Urteil über aller Staatsräson. Solange es Ungechtigkeiten gibt, ... wird wahrer Frieden nicht existieren.“⁵

Hier hat der Papst den Finger auf den freiliegenden Nerv des Patienten Nordirland gelegt und kräftig zugedrückt. Denn hier hat er die Machtfrage gestellt: Das von der katholischen Kirche interpretierte Gesetz Gottes stellt er über den – in den Augen der Protestanten – demokratisch gewählten, von Gott her legitimierten Staat. Das katholische Moralesetz ist in seinen Augen das entscheidende Maß der Gerechtigkeit für alle. Dementsprechend gereizt reagierten Ian Paisley und dessen „Democratic Unionist Party“ (DUP). Sie werteten die Aussage des Papstes als Unterstützung für die staatsfeindliche IRA, überhörten dabei allerdings die viel deutlicheren Gewaltverurteilungen des Papstes. Aber selbst bei zahlreichen moderaten Protestanten hinterließ der Gerechtigkeit predigende Papst den Eindruck der Selbstgerechtigkeit.

Eine protestantische und eine katholische Gerechtigkeit

Nicht nur wenn von Frieden und Staatsgewalt, sondern auch wenn von Gerechtigkeit die Rede ist, verstehen Katholiken und Protestanten in Nordirland

etwas völlig Verschiedenes darunter. Die Katholiken protestieren gegen Verletzungen der „sozialen“ Menschenrechte: gegen die Diskriminierungen am Arbeitsplatz und bei der Häuservergabe oder die schlechten Haftbedingungen. Die Protestanten pochen hingegen auf die „individuellen“, auf Gewissensfreiheit beruhenden Menschenrechte: selbstverantwortete Geburtenkontrolle, freie Schuwahl, Gleichberechtigung in gemischtkonfessionellen Ehen, und – zumindest in Ausnahmefällen – das Recht auf Abtreibung. All dies sehen sie von der katholischen Kirche bedroht. Dementsprechend lauteten die Entgegnungen der protestantischen Kirchengremien auf die Forderung des Papstes nach Menschenrechten. Das „Irish Council of Churches“ meinte, es müsse geprüft werden, inwieweit der kirchliche Einfluß auf Staat und Kirche mit Frieden und Gerechtigkeit zu vereinbaren sei⁶. Und die anglikanische „Church of Ireland“ verlangte, es sollten Menschenrechte auch in der südirischen Gesellschaft beachtet werden⁷.

Von der katholischen Kirche Nordirlands wird ebenso wie von kontinentalen Beobachtern häufig unterschätzt, wie sehr sich die Protestanten hier in ihren Grundrechten bedroht sehen. Und zwar auch die große Zahl der Protestanten, die mit ihrer Kirche schon lange nichts mehr zu tun haben. „Stellen Sie sich vor, moslemische Fundamentalisten wollten aus Deutschland einen islamischen Staat machen. Würden sich dann nicht auch die Deutschen gegen solche religiösen Fanatiker zur Wehr setzen?“ Diese Frage eines protestantischen Politikers ist durchaus ernst gemeint. Er hat Angst vor dem Einfluß der katholischen Kirche. Wie zahlreiche nordirische Protestanten sieht er sich in seiner Katholikenphobie durch einen Blick über die Grenze bestätigt.

„Rome Rule“ in Irland?

Formal besteht in der Republik Irland zwar eine Trennung von Kirche und Staat. Und seit einer Volksabstimmung 1972 schützt die Verfassung auch nicht mehr die „spezielle Position der Heiligen Katholischen, Apostolischen und Römischen Kirche als der Wächterin des Glaubens“. Trotzdem ist der Einfluß der katholischen Morallehre auf die irische Gesetzgebung nicht zu übersehen. Eamon de Valera, der die Verfassung zwischen 1936 und 1938 im wesentlichen schrieb, meinte damals schon: „93 Prozent der Bevölkerung in diesem Teil Irlands und 75 Prozent in ganz Irland gehören zur katholischen Kirche und glauben an ihre Lehren ... es ist völlig klar, daß deren ganze Lebensphilosophie in einem demokratischen Staat dessen Verfassung beeinflussen wird.“⁸ In den Augen der Protestanten zwingt allerdings der irische Staat bis heute seine Bürger zu katholischem Verhalten auch in jenen Fragen, die in einer freiheitlichen und pluralistischen Demokratie normalerweise der autonomen Gewissensentscheidung des einzelnen überlassen sind. Liberale Katholiken teilen diese Meinung zunehmend.

Empfängnisverhütung ist weitgehend verboten und damit Familienplanung kaum möglich; sogar in die Verfassung aufgenommen und 1986 durch Volksabstimmung bestätigt wurde die Unzulässigkeit der zivilen Scheidung; auch die häufige Einschränkung der „freien“ Schulwahl auf katholische Konfessionsschulen gehört zu den Hauptkritikpunkten in Südirland. Seit einem bedeutenden Hirtenwort der katholischen Bischöfe Irlands im Jahre 1973⁹ verlangt die Kirche vom Staat zwar nicht mehr, Gesetze zu erlassen, *weil* sie diese fordert. Nach wie vor übt sie jedoch – etwa bei der Volksabstimmung über die Möglichkeit der zivilen Scheidung – gewaltigen moralischen Druck auf ihre Gläubigen und auch auf die Abgeordneten aus, um durchzusetzen, *was* sie fordert. Der Staat soll das für alle gültige „natural law“ zwar nur noch dann in Gesetze fassen, wenn die Mehrheit dies will. Aber dafür, daß die Majorität richtig abstimmt, sorgt die Kirche schon selber.

Bei ihrem Kampf für die „wahren Werte“ erhielt sie wortgewaltige Unterstützung vom Papst. So unterstützte er 1979 bei einer Predigt in Limerick die katholische Standhaftigkeit gegen Aufweicherscheinungen in der Scheidungs- und Verhütungsgesetzgebung: „Satan, der Versucher, der Gegner Christi, wird alle seine Täuschungen benutzen, um Irland für den Weg dieser Welt zu gewinnen.“¹⁰ Kein Wunder, daß sich hier vor allem die Presbyterianer ganz direkt – nämlich ihren Kampf um „individuelle“ Menschenrechte – verteufelt sahen. War doch ein großer Teil der neuen Ideen „dieser Welt“ schon vor der Französischen und amerikanischen Revolution im Protestantismus calvinistischer und freikirchlicher Art heimisch gewesen.

Wurzeln presbyterianischen Freiheitskampfes

Während der weltliche moderne Staat sich auf dem Kontinent aus einer Revolte gegen die Religion entwickelte, verdankt er seine Existenz in den angelsächsischen Ländern weitgehend den Führern dieser Glaubensgemeinschaften. Diese verlangten, zum Wohl der Religion und der Kirche die Zivilgewalt von der Religionsgemeinschaft zu trennen. Wo dies aber nicht geschehe, bewaise es die Gottlosigkeit und Tyrannei einer Regierung. Die schottischen Calvinisten Goodman und Knox, aus dem engen Kreis um Calvin kommend, erklärten sogar den aktiven Widerstand gegen gottlose Obrigkeiten für gesetzlich und notwendig. Wenn aber die Stände dafür zu feige seien, so sagten sie, solle das „gemeine Volk“ Widerstand leisten. „Die schottische Kirche wurde zu einem Instrument des Freiheitskampfes. Der religiös-revolutionäre Charakter des Calvinismus wird am deutlichsten in dem dort entwickelten Gedanken des Conyenant, das ist der alttestamentliche Bund Gottes mit seinem Volk und der Glieder des Volkes untereinander zur Erhaltung der Freiheit des Volkes und seiner Religion. Einen solchen

Convenant schlossen die Schotten gegen Maria Stuart, indem das gesamte Volk, Mann bei Mann, den Bund beschwor.“¹¹

Ian Paisley sieht die Protestanten auch heute in der Tradition der Convenants: ein Bund gegen die gottlose, tyrannische katholische Kirche und „deren Magd“, die irische Regierung. Er kämpft für die individuelle Gewissensfreiheit, und dabei ist John Knox immer noch das Vorbild. In der Kirche Paisleys blickt der Schotte einem als Standfigur entgegen.

Die dem Betrachter oft anachronistisch anmutenden Ängste vor Irland und der katholischen Kirche sind, in verschiedenen Abstufungen und oft unbewußt, bei zahlreichen Protestanten vorhanden. Dies erklärt, warum sich alle protestantischen Kirchen gegen die These von Johannes Paul II. wandten, der Nordirlandkonflikt sei kein Religionskrieg. Die Protestanten betonten, zumindest eine religiöse Dimension gebe es: die Rolle der katholischen Kirche im Leben des Staates und der Familie¹².

Bis ins 19. Jahrhundert hinein gab es durchaus gemeinsame Bestrebungen der Presbyterianer und Katholiken, sich gegen die englische und damit anglikanische Oberherrschaft zu verbünden. Aber die Allianz zerbrach, als England gewisse Zugeständnisse an die Presbyterianer machte und diese zunehmend Angst vor katholischen Terroristen, besonders aber vor einem katholisch dominierten Staat bekamen. Denn in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war die katholische Kirche Irlands von dem triumphalistischen Geist der Gegenreformation beherrscht.

Nach der Entmachtung der anglikanischen Kirche (1869) setzte der katholische Kardinal Cullen keineswegs auf eine pluralistische Gesellschaft, sondern auf einen katholischen Staat. Er stimmte Papst Gregor XVI. zu, der die Gewissensfreiheit als „deliramentum“ und die Meinungsfreiheit als „pestilentissimus error“ verabscheut hatte. Und es war ganz in seinem Sinn, daß Papst Pius IX. im Syllabus (1864)¹³ folgende Sätze strikt verurteilt hatte: „Es steht jedem Menschen frei, derjenigen Religion anzuhängen und sie zu bekennen, die er auf Grund der Vernunft-einsicht für wahr hält“ (15). „In unserer heutigen Zeit ist es nicht mehr angebracht, die katholische Religion zur einzigen Staatsreligion unter Ausschluß aller anderen Kulte zu erklären.“ (77)

Das 1907 erlassene „Ne-Temere“-Dekret Pius' X. brachte für die Protestanten das Faß zum Überlaufen. Mischehen konnten nur noch katholisch geschlossen und die Kinder daraus mußten katholisch aufgezogen werden. Um dagegen vorzugehen, kamen Presbyterianer und Anglikaner damals zu ihrem ersten ökumenischen Treffen in Irland überhaupt zusammen. Besonders die Presbyterianer, bis ins 19. Jahrhundert hinein bei Eheschließungen den Anglikanern nicht gleichgestellt, reagierten aufgebracht auf die neuerliche Benachteiligung. Die von den Katholiken erstrebte Selbstverwaltung Irlands wurde für die Protestanten zur drohenden Herrschaft Roms. „Home Rule is Rome Rule“ ist bis heute eine Parole

der Protestanten bei der Abwehr irischen Einflusses geblieben. Dabei weisen sie hin auf die Rolle der katholischen Kirche sowohl in Irland als auch in den nord-irischen katholischen Arbeiterghettos.

Wurzeln katholischen Freiheitskampfes

Die katholische Kirche Irlands hat bisher, ebenso wie der Papst bei seinem Besuch, diese protestantischen Ängste nicht ernst genommen. Für sie liegen die Ursachen des Konflikts allein in den Ungerechtigkeiten gegenüber den Katholiken. Sie stützt sich hierbei auf die Erfahrungen der Vergangenheit: Im 16. Jahrhundert nahm der englische Einfluß auf das katholische Irland stark zu. Der Sieg des auf protestantischer Seite kämpfenden William von Oranien über den katholischen Karl II. in der Schlacht am Fluß Boyne (1690) führte dann zur endgültigen politischen und wirtschaftlichen Entmachtung der katholischen Bevölkerung. Obwohl sie die überwältigende Mehrheit der Einwohner stellte, ging ihr Anteil am Grundbesitz auf ein Siebentel zurück. Die katholische Messe konnten sie nicht mehr ungehindert feiern. Parlamentsmandate und Regierungsämter blieben ihnen verschlossen. Um Soldat oder Jurist zu werden, hätten sie bei einem Eid auf die Staatskirche grundlegenden katholischen Dogmen abschwören müssen. Die Presbyterianer – wenn auch weniger kraß – hatten ebenfalls unter den „Penal Laws“ zu leiden. Dies führte zu den vorübergehenden katholisch-presbyterianischen Revolutionsplänen gegen die englischen Kolonialherren.

Bis zu einer Landreform im Jahr 1881 lebte der größte Teil der Katholiken am Existenzminimum. Wegen der hohen Abgaben an die englischen Landlords und die anglikanische „Church of Ireland“ konnten die Bauern und Landarbeiter für Notzeiten nicht vorsorgen. Zur Katastrophe kam es, als zwischen 1846 und 1851 eine Kartoffelfäule die Ernte völlig vernichtete. Eine Million Menschen verhungerte. Eine weitere Million wanderte aus. Denn die Kartoffel war das Hauptnahrungsmittel für die Iren. Immer verbitterter riefen die Katholiken jetzt nach „Home Rule“. Im Jahr 1922 erreichten sie ihr Ziel, allerdings nur für den Süden der Insel. Nordirland blieb weiterhin beim „Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland“.

Dort sahen sich die Katholiken weiterhin von der protestantischen Zweidrittelmehrheit benachteiligt. Sie beklagten vor allem die Arbeitsplatz- und Häuservergabe sowie die verweigerte politische Mitverantwortung. Bis 1968 blieb das einzige Gesetz, bei dem die katholischen Abgeordneten eine Änderung der unionistischen Parlamentsvorlage erreichen konnten, ein Vogelschutzgesetz. Selbst in überwiegend katholischen Städten wie Londonderry – die Katholiken nennen es bezeichnenderweise nur Derry – hatten die Protestanten durch Wahlkreismanipulationen eine deutliche Mehrheit. Erst nach Ausbruch der Unruhen

wurden zumindest die gesetzlichen Grundlagen der Diskriminierung der Katholiken beseitigt.

Diskriminiert oder zu Recht benachteiligt?

Viele Protestanten bestreiten bis heute, daß die Katholiken wegen gezielter Benachteiligungen schlechter gestellt sind. Bei einer breit angelegten Repräsentativbefragung von Rose (1971) verneinten 74 Prozent der befragten Protestanten die Frage, ob es Diskriminierungen gebe. Drei Viertel der Katholiken bejahten dies¹⁴.

Die unterschiedliche Bewertung dieser Frage spielte beim Ausbruch des Konflikts eine zentrale Rolle. Der Soziologe Klaus Stadler schreibt: „War ... das Problem der Diskriminierung und der Kampf für ihre Beseitigung das zentrale Konfliktthema der Minderheit, das in seiner Bedeutung noch vor dem Ziel der Wiedervereinigung stand, so stimmten die meisten Protestanten mit dem damaligen Premierminister Faulkner überein, der in einem Spiegel-Gespräch im März 1972 erklärte: „Niemals in den 50 Jahren protestantischer Herrschaft, das möchte ich erst einmal klarstellen, ist die katholische Minderheit diskriminiert worden.“¹⁵ Der im Juni 1987 veröffentlichte Task Force Report, der die Meinung des unionistisch-protestantischen Bevölkerungsteils zum anglo-irischen Abkommen sammelte, bestätigt diese Einschätzung: „Viel Grund wurde während der Menschenrechtskampagne selbst verloren. Die hochgradig vereinfachende These der protestantischen Schuld und des katholischen Leidens existiert bis heute.“¹⁶ In der Schrift „A war to be won“, herausgegeben von Paisleys DUP, heißt es: „Die große Lüge, die sie erfolgreich verkauften, hieß Diskriminierung der Katholiken.“¹⁷

Diese Haltung der Protestanten hat als Ursache nicht nur ihren Machtwillen, wie häufig unterstellt wird. Vielmehr sollte hier Max Webers berühmte These Beachtung finden, der Kapitalismus sei geistiges Kind des „asketischen Protestantismus“¹⁸. Das Gewinnstreben – so Weber – werde dadurch nicht nur legalisiert, sondern indirekt sogar als gottgewollt betrachtet. Zwar dürfe es nicht Zweck des Handelns sein, als Frucht der Berufsarbeit bedeute es aber Segen und Belohnung Gottes. Der Beruf werde als Selbstzweck, nicht mehr als Mittel zum Brotgewinn verstanden.

Zu diesen asketischen Religionen sind fast alle der zahllosen protestantischen kirchlichen Gemeinschaften, auch die Presbyterianer, die Methodisten und – zumindest in Belfast – große Teile der Church of Ireland zu rechnen. Unverfälscht taucht das von Max Weber geschilderte Arbeitsethos auf, wenn Ian Paisley den „guten Loyalisten“ beschreibt: „Er ehrt die, die arbeiten, und hat eine heilsame Verachtung für Müßiggänger. Für ihn ist weder Arbeit gleichbedeutend mit Anstellung, noch Arbeitslosigkeit mit Nichtstun. Selbst wenn er arbeitslos ist, arbei-

tet er noch.“¹⁹ Max Weber sprach von nüchternen, gewissenhaften und ungemein leistungsfähigen Menschen, die an der Arbeit als gottgewolltem Lebenszweck haften – als Folge asketischer Berufsethik. Genau dieses Bild haben heute noch zahlreiche Protestanten von sich selber. Sie empfinden es deshalb keineswegs als ungerechtfertigte Benachteiligung, wenn der „fleißigere“ Protestant dem „fauleren“ Katholiken vorgezogen wird. Im Gegenteil: Eine zahlenmäßige Gleichbehandlung käme für sie einer „positiven Diskriminierung“ der besseren Arbeiter gleich.

Hinzu kommt die von Weber skizzierte alte calvinistische Vorstellung, die ungleiche Verteilung der Güter dieser Welt sei ein ganz spezielles Werk von Gottes Vorsehung. Daß Katholiken häufig schlechter gestellt sind, betrachten zahlreiche Protestanten somit letztlich als naturgegeben. Sie haben deswegen keinerlei Gewissensbisse.

Das mangelnde soziale Fingerspitzengefühl der Protestanten gegenüber der Minderheit hat noch einen weiteren Grund. Sie meinen, Katholiken durchaus mit staatlicher Stärke anfassend zu können, da diese ja ohnehin Staatsfeinde seien. Basil Broke, von 1943 bis 1963 über zwanzig Jahre lang nordirischer Regierungschef, brachte es als Landwirtschaftsminister im Jahr 1934 einmal auf einen kurzen Nenner: „Ich empfehle denen, die Loyalisten sind, keine Katholiken einzustellen, denn 99 Prozent von ihnen sind illoyal.“²⁰ So offen hört man dies heute kaum noch, und seit Anfang der 70er Jahre sind alle diskriminierenden Gesetze abgeschafft. Doch bestimmt solches Denken nach wie vor das Handeln zahlreicher Protestanten. Bestärkt sehen sie sich dadurch, daß die Katholiken fast einstimmig den Dienst in den Sicherheitskräften ablehnen und viele von ihnen die IRA-nahe Sinn-Fein-Partei wählen.

Die Katholiken argumentieren allerdings dagegen, sie seien – wenn überhaupt – nur deshalb illoyal, weil sie von Anfang an benachteiligt waren. Der Sicherheitsbereich sei deshalb für sie unakzeptabel, weil Polizei und Militär sich oft genug einseitig und brutal gegenüber der Minderheit verhielten. Das Image der „faulen Katholiken“ stelle sich nicht zuletzt deshalb ein, weil sie oft seit Generationen arbeitslos seien. Solange diese Ungerechtigkeiten fortbestehen, könne es keinen Frieden geben. Spätestens an diesem Punkt aber dreht sich die Diskussion im Kreis.

Es gibt durchaus auch Protestanten, die die Diskriminierungen eingestehen, sie aber trotzdem rechtfertigen. Sie weisen häufig auf die subversive Taktik der katholischen Kirche hin, ihre Gläubigen möglichst viele Kinder bekommen zu lassen. Weil sonst die Protestanten auf Dauer in die Minderheit gerieten, müsse man – leider Gottes – die Katholiken benachteiligen, damit deren Auswanderungen ihre Geburten ausgleichen. Äußerungen des katholischen Kardinals O’Fiaich, ein vereintes Irland sei auf Dauer wegen der höheren Anzahl katholischer Kinder unvermeidbar (1985), haben diese Ängste noch geschürt²¹. Auch durch das anglo-

irische Abkommen vom Oktober 1985 sehen sich die Protestanten bestätigt. Wird doch darin ein vereintes Irland für möglich erklärt, sobald die Mehrheit der Bevölkerung dies will. Bisher ist das Kalkül der Protestanten aufgegangen: Obwohl die Katholiken weit mehr Nachwuchs haben, blieben die Bevölkerungsanteile weitgehend unverändert.

Die Verständigungsprobleme müssen überwunden werden

In Nordirland stoßen gegensätzliche Friedens-, Gerechtigkeits- und Staatsverständnisse aufeinander. Beide Seiten betrachten das eigene Verhalten als gerecht, während die – häufig gut gemeinten – Aktionen der anderen Seite Empörung auslösen. Die Kirchen fördern unabsichtlich dieses gegenseitige Mißverstehen, auch wenn sie jede ungesetzliche Gewalt ablehnen. In ihren Stellungnahmen schlagen sich deutlich gegensätzliche ethische Konzepte nieder; und diese spiegeln sich dann in den Programmen der politischen Parteien wider. Ein sinnvoller Dialog wird erst möglich sein, wenn gleiche Begriffe gleich interpretiert werden und politische Ereignisse nicht vollkommen entgegengesetzte Empfindungen hervorrufen.

Die wesentlichsten gesetzlichen Bestimmungen, die das Gerechtigkeitsgefühl der Gegenseite verletzen, wurden zwar Anfang der 70er Jahre abgeschafft. In der Republik Irland wurde die „spezielle Position“ der katholischen Kirche aus der Verfassung gestrichen. In Nordirland verschwanden die gesetzlichen Grundlagen der katholischen Diskriminierung. Aber sowohl die liberalen Katholiken in der Republik als auch die gemäßigten Protestanten im Norden haben viele der alten Verkrustungen nicht aufbrechen können. Die Anschläge der IRA bestätigen die Protestanten darin, keinen Fußbreit zurückzuweichen. Nach wie vor fühlen sich beide Seiten im Recht und verstehen gar nicht, warum sich die jeweils andere Seite ungerecht behandelt fühlt. Man benutzt dieselben Worte und redet aneinander vorbei. Wenn Sinn-Fein-Führer Gerry Adams den Protestanten „Gleichheit“ verspricht²², meint er wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit. Wenn aber umgekehrt Ian Paisley den Katholiken Gleichheit anbietet²³, geht es ihm um Gewissensfreiheit. Solange solche Verständigungsschwierigkeiten nicht zumindest bewußt geworden sind, hilft es der gutwilligen Mehrheit auch nicht weiter, sich wieder einmal nur auf das Wort Frieden (oder einen anderen Hoffnungsbegriff) zu einigen. Wie Ende der 70er Jahre wird es spätestens dann zu Streit und Mißverständnissen kommen, wenn den Worten Taten folgen sollen.

ANMERKUNGEN

- ¹ Jüngstes Beispiel für die völlige Vernachlässigung der religiösen Komponente: R. Sturm, Der Nordirland-Konflikt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 38/87 (19. 9. 1987).
- ² C. W. Mills, *Die Konsequenz* (München 1959) 157 f.
- ³ Diesen Sachverhalt betonen auch C. Daly u. E. Gallagher, *Violence in Ireland* (Boosterstown 1977) 23.
- ⁴ *Human Life is Sacred*. Gemeins. Hirtenbrief der kath. Bischöfe Irlands (Dublin 1975); der Text wird in zahlreichen weiteren Hirtenworten zitiert.
- ⁵ Johannes Paul II. in Drogheda, 29. 9. 1979.
- ⁶ Irish Council of Churches, 8. 11. 1979.
- ⁷ Church of Ireland Role of the Church Committee (1980).
- ⁸ Dail Debates, LXVII, 1890, zit. n. J. H. Whyte, *Church and State in Northern Ireland* (Dublin 1971) 387.
- ⁹ Gemeins. Hirtenbrief der kath. Bischöfe Irlands (Dublin 1973).
- ¹⁰ Johannes Paul II. in Limerick, 1. 10. 1979.
- ¹¹ F. Fischer, *Die Auswirkungen der Reformation auf das westeuropäisch-amerikanische politische Leben*, in: F. K. Schuhmann, *Europa in evangelischer Sicht* (Stuttgart 1953) 43 f.
- ¹² Church of Ireland Role of the Church Committee (1980); Presbyterian General Board (September 1979).
- ¹³ Denzinger-Schönmetzer, *Enchiridion* 2901–2980.
- ¹⁴ R. Rose, *Governing without Consensus* (London 1971).
- ¹⁵ K. Stadler, *Nordirland. Analyse eines Bürgerkrieges* (München 1979) 179.
- ¹⁶ *An End to Drift*. Task Force Report (Belfast 1987) 2.
- ¹⁷ Democratic Unionist Party, *A war to be won* (Belfast 1984) 18.
- ¹⁸ M. Weber, *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus* (Tübingen 1934).
- ¹⁹ Ian Paisley, Leserbrief in: *The Irish News*, 8. 9. 1986.
- ²⁰ M. Wallace, *Northern Ireland. 50 Years of Self-Government* (Newton Abbot 1971) 70.
- ²¹ Vgl. M. Tieger, *Nordirland. Geschichte und Gegenwart* (Basel 1985) 150.
- ²² Vgl. G. Adams, *Politics of Irish Freedom* (Dingle 1986) 123.
- ²³ Vgl. Ian Paisley, a. a. O.